- kritisches überparteiliches Campusmagazin -

des Friedrichs Wilhelm

Zeitschrift für alle Fakultäten

No. 56
9.12.19

Hohenzollern

Nicht der Ehre wert

Weihnachten

Nicht nur Harmonie

Islamismus

Vortrag von Susanne Schöter

AStA Universität Bonn

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

Mit der fw Nr. 56 präsentieren wir euch die letzte fw im Jahr 2019, die 12. Ausgabe für dieses Jahr. Wir hoffen, dass wir euch hin und wieder mit spannenden Artikeln locken konnten, sind uns aber trotzdem darüber bewusst, dass wir uns auch immer weiter verbessern können. Um einen Bogen zum nächsten Jahr zu spannen, findet ihr in dieser Ausgabe einen ausführlichen Artikel über das Verhältnis der Hohenzollern zu Bonn. In der ersten Ausgabe 2020 dann wird dieser in einem zweiten Teil fortgesetzt. Wir sind besonders froh darüber, dass wieder unser Kollege Jan mit an Bord ist, der mit wenigen Monaten Unterbrechung seit Beginn Teil der Redaktion war und für seine tiefen historischen Artikel und seine Karikaturen bekannt ist.
Diese Ausgabe hat überhaupt einen historischen Schwerpunkt. So könnt ihr in einem Gastartikel etwas über das Vermächtnis von Willy Brandt erfahren und in einem weiteren Artikel über den NS-Hintergrund des Films *Die Feuerzangenbowle* lesen. In einem Bericht über einen Vortrag der Ethnologin Susanne Schröter über den politischen Islam wird auch dessen Geistesgeschichte angerissen.
Zum Schluss noch zwei Hinweise: Erstens haben wir zur Kenntnis genommen, dass es Verstimmungen über unseren Artikel letzte Ausgabe über die SP-Sitzung gab. Wir freuen uns über Leser*innenbriefe, die dazu Stellung nehmen. Auch Gastartikel sind nach Absprache möglich. Zweitens würden wir unsere Kunstraum-Reihe gerne fortsetzen. Uns gehen allerdings die Einsendungen aus. Wir würden uns freuen, wenn wir noch mehr studentische Künstler*innen präsentieren könnten.

Abgesehen davon wünschen wir euch eine frohe Winterzeit, ob mit oder ohne religiösem Fest. Erstmal aber viel Spaß beim Lesen.

Clemens Uhing

In dieser Ausgabe:

Geschichte — **Hohenzollern** — Nicht der Ehre wert. — 3

Geschichte — **Willy Brandt** — Der Große — 6

Geschichte — **Feuerzangenbowle** — Ungemütlicher Kontext — 8

Kultur — **Weihnachten** — Nicht nur Harmonie? — 10

Gesellschaft — **Politischer Islam** — Vortrag von Prof. Dr. Schröter — 11

Ökologie — **Postwachstum** — Ökologie vs. Ökonomie? — 14

Impressum

Redaktion:

Jan Bachmann
Ronny Bittner
Melina Duncklenberg
Pia Gruse
Samuel F. Johanns
Laura Meyer
Milan Nellen
Julia Pelger
Clara Schulz
Hendrik Schönenberg
Clemens Uhing

V.i.S.d.P.:

Lena Engel
Vorsitz | AStA der Universität Bonn

Kontakt: fw@asta.uni-bonn.de

www.asta-bonn.de
facebook.com/AStA.UniBonn

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die nächste Ausgabe des Friedrichs Wilhelm erscheint am

13. Januar 2020

Der Tragödie erster Teil. *(Gemeinfrei)*

Heil, Kaiser, dir!

Bonn, das Rheinland und „der Menschheit Stolz"

Teil I

von Jan Bachmann

Der Titel dieses Beitrags ist - geschichtlich Interessierte und Monarchist*innen wissen das natürlich - aus der Kaiserhymne des Deutschen Reiches entliehen, „Heil dir im Siegerkranz." In der letzten Strophe des Liedes - die Melodie entspricht übrigens der von „God save the Queen" - besangen die braven Untertanen ihren Kaiser dann als „der Menschheit Stolz", wobei offen bleiben muss, ob sich die übrige Menschheit dessen auch bewusst war. Gewiss, vornehme Bescheidenheit geht anders, aber unter Stolz der Menschheit hätte es ein Kaiser Wilhelm wohl kaum gemacht und ein Wilhelm II. schon gar nicht.
Geschrieben wurde die Hymne allerdings schon 1795, gepriesen wurde damals freilich nur der König von Preußen, Friedrich Wilhelm II., der Vater des Namensgeber der Bonner Universität, Friedrich Wilhelm III, allesamt Sprösslinge der Hohenzollern. Neben der Universität werden die ehemaligen Monarchen in Bonn auch noch an anderen Orten geehrt, es gibt etwa den Hohenzollernring oder den Kaiserplatz, auf dem immer noch das im Jahre 1902 in Gegenwart seines Enkels, Kaiser Wilhelm II., enthüllte Denkmal Kaiser Wilhelm I. steht. Ursprünglich befand sich das Abbild des ehemaligen Kartätschenprinzes - der Name wurde dem späteren Kaiser von der ansässigen Bevölkerung wegen seiner Rolle bei der Niederschlagung der Revolution von 1848 in Berlin gegeben, bei der etwa 300 Menschen durch preußische Truppen erschossen wurden - am oberen Ende des Platzes, genau in der Sichtachse zwischen dem Poppelsdorfer Schloß und dem Hauptgebäude der Uni. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde das Denkmal zwar nicht - wie in anderen Städten - entfernt, sondern lediglich in den Randbereich des Platzes umgesetzt. In Köln wurden die Reiterstandbilder der Hohenzollern an der gleichnamigen Brücke, auf der die Bahntrasse vom Hauptbahnhof aus in die Gebiete jenseits des Rheins führt, erst vor Kurzem restauriert und in Koblenz entblödete man sich nicht, das im Krieg zerstörte, überlebensgroße Reiterstandbild des Kaisers Wilhelm I. wieder auf den den Sockel am sog. Deutschen Eck zu setzen. Das war im Jahre 1993.

Der Prügelkönig

Nur zwei Jahre zuvor waren die Gebeine Friedrichs des Großen, die nach dem zweiten Weltkrieg auf die Burg Hohenzollern gebracht wurden, in einer sich durch den Beitritt der ehemaligen DDR zum Bundesgebiet in einem nationalen Taumel befindlichen Bundesrepublik in einer Art Staatsakt beigesetzt. In Friedrichs Preußen gab es übrigens unter anderem auch noch die Leibeigenschaft.
Zur Zeit Friedrichs des Großen gehörte das Rheinland freilich noch nicht zum preußischen Herrschaftsgebiet; den Hohenzollern war es also noch nicht möglich, hier unliebsame Bürger*innen einfach Wegsperren zu lassen, wie man das später ja sehr gerne gemacht hat. Mittel der Unterdrückung fanden sich trotzdem: Friedrich der Große bezahlte einen Schläger, um den Verleger der Gazette de Cologne, Jean Ignace Roderique zu verprügeln, weil er fand, dass Preußen in der Gazette

Essay

viel zu schlecht weg kam. Der alte Fritz hatte sich glücklicherweise nicht mit radioaktivem Sushi, sondern mit Kartoffeln befasst.

Vom freien Mensch zum Beutepreußen

Nach Friedrichs Tod kam es in Frankreich zur Revolution. Den französischen Revolutionstruppen gelang es, die Armeen Preußens, Österreichs und einiger anderer Staaten, die Frankreich angegriffen hatten, um wieder den Absolutismus einzurichten, weit über ihre Landesgrenzen hinaus zurückzuschlagen. Durch Truppen kamen die neuen Ideen von Freiheit, Gleichheit und Demokratie auch in das Rheinland. Mit der Mainzer Republik wurde 1793 ein erster bürgerlich-demokratischer Staat auf dem heiligen deutschen Boden gegründet;
Freiheitsrechte wurden eingeführt, die Zünfte aufgelöst.

In den sog. Befreiungskriegen jedoch warf man die französischen Truppen mit all ihren Neuerungen, „Welschen Tand“, wie Ernst Moritz Arndt es nannte,hinaus und kämpfte für die Macht der geliebten deutschen Tyrannen.

In Wien hielt man anschließend Kongress, tanze und teilte Europa auf, das Rheinland wurde plötzlich preußisch, die Einwohner*innen zu Beute- oder Musspreußen, wie man damals sagte. Plötzlich stand man auch diesseits des Rheins unter der Herrschaft der Hohenzollern. Die Bevölkerung war darüber nicht sonderlich erfreut.

Wenig später, im Jahre 1818, wurde dann auch schon die Universität Bonn von Friedrich Wilhelm III. gegründet, dessen Namen sie auch bis heute trägt. Der Großteil der Universitätsbibliothek und auch das Zepter kamen übrigens von der Universität in Duisburg, die zur gleichen Zeit aufgelöst wurde. Die Gründung der Universität sollte aber nicht nur die geistige, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung fördern, sondern auch der Herrschaftsanspruch Preußen und der Hohenzollern sichern.

Freiheit gegen Hohenzollern’sches Diktat

Die Bevölkerung des Rheinlandes weigerte sich auch weiterhin, ihre zuvor gewonnen Freiheitsrechte wieder aufzugeben. So pochte man dann auch darauf, diesseits des Rheins weiterhin französisches Recht zu verwenden anstelle des rückschrittlichen preußischen Landrechts. Der Code civil behielt im Rheinland seine Gültigkeit bis zum Inkraftreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs am 1. Januar 1900. Als 1843 dem Provinziallandtag der Rheinprovinz, der in Düsseldorf tagte, ein neues, preußisches Strafgesetzbuch vorgelegt wurde, lehnte man es ab, den Vorschlag überhaupt zu diskutieren. Die Bevölkerung war begeistert. Zwei Schiffe brachten Kölner nach Düsseldorf, man demonstrierte und feierte gemeinsam. Später gab es auch noch eine Festveranstaltung. Das Ereignis ging als Köln-Düsseldorfer-Verbrüderungsfest in die Geschichte ein.

Freiheitlich gesinnt war man damals aber auch in anderen deutschen Staaten. In Bayern, das bis in die zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts als eines der liberalsten deutschen Länder galt, wurde schon 1813 eines der fortschrittlichsten Strafgesetzbücher Europas erlassen, nach dem beispielsweise homosexuelle Handlungen, anders als im reaktionären Preußen, nicht mehr strafbar waren. Nach der Reichsgründung und der Einführung des deutschen Strafgesetzbuches, das sich im Wesentlichen an den preußischen Regelungen orientierte, endete dieser Zustand jedoch.

Der Kartätschenprinz

Unterdessen wurden die Rufe nach mehr Freiheit immer lauter und so schwappte die wieder aus Frankreich kommende Revolution von 1848 auch auf den deutschsprachigen Raum über.Zur Niederschlagung der Märzrevolution forderte der spätere deutsche Kaiser Wilhelm I., damals Prinz von Preußen, hartes militärisches Durchgreifen, was ihm, obwohl er zu diesem Zeitpunkt keine Befehlsgewalt über die preußischen Soldaten in Berlin hatte, wie bereits erwähnt den Beinamen „Kartätschenprinz“ einbrachte. Als die Lage allerdings zu heikel wurde, reiste Wilhelm I. unter dem sehr bürgerlichen Decknamen Wilhelm Oelrichs nach London.

Verantwortlich für die etwa 300 Menschenleben, die die Niederschlagung der Märzrevolution in Berlin kostete machte der König von Preußens, Friedrich Wilhelm IV. anschließend eine ausländische Verschwörung.

Was folgte ist bekannt. Da die deutschen Fürstenhäuser ihren totalen Machtanspruch nicht aufgeben wollten, konnten die Büger*innen eine - wie auch immer gestaltete - Vereinigung der Gebiete des deutschsprachigen Raums nicht nach ihrem freien Willen selber gestalten.

Eine deutsche Eingang - “Verbindung” wäre sicher das treffendere Wort, setzt “Einigung” doch Zustimmung der Beteiligten voraus - wurde schließlich durch die Blut und Eisen-Politik Bismarcks erreicht: Es brauchte lediglich drei Kriege mit knapp einer Viertelmillionen Toten, um ein deutsches Reich aus der Wiege zu heben.

Ruhe im Reich

Nach außen blieb dieses Reich dann auch zunächst einmal friedlich, Gewalt und Unterdrückung richteten sich vielmehr gegen die eigene Bevölkerung.

Zunächst ging es dabei um die Frage, wie sich der preußische Herrschaftsanspruch mit der katholischen Religion vertrüge. Dieses Problem war nicht neu: Nachdem das Rheinland 1815 preußische Provinz geworden war, kamen zahlreiche preußische Beamte und andere

»Es brauchte lediglich drei Kriege mit knapp einer Viertelmillionen Toten um ein deutsches Reich aus der Wiege zu heben.«

Funktionsträger in das Gebiet. Und wie das nun einmal so ist, kam es auch zu Hochzeiten zwischen Rheinländerinnen und den preußischen Herren. Im Rheinland, aber auch in Westfalen, war die Bevölkerung überwiegend katholisch, preußische Beamte sind hingegen Anhänger der evangelischen Landeskirche. An der Frage, wie aber nun mit solchen Mischehen (Anm.: Der Begriff wurde in diesem Zusammenhang von den Zeitgenoss*innen verwendet, erhielt während Nationalsozialismus jedoch eine andere Bedeutung) umgehen sollte und in welchem Glauben die Kinder zu erziehen seien, entbrannte Streit, der damals mit dem preußischen Erlass, Kinder seien nach nach der Religion des Vaters zu erziehen, in der Praxis also meist protestantisch, anschließend der Inhaftierung des Kölner Bischofs endete. Im Kulturkampf der 1870er Jahre wurden etwa 1800 Priester inhaftiert.

Neben bzw. nach der katholischen Kirche wurde im Deutschen Reich vor allem die Sozialdemokratie unterdrückt: In den Fabriken und Bergwerken des Reichs arbeiteten die Arbeiter*innen - oft auch Kinder - unter unwürdigen Bedingungen, nicht selten bis zu 16 Stunden am Tag. Maßnahmen zur Arbeitssicherheit gab es so gut wie keine. Der Lohn reichte oft nicht einmal für die Meine einer Unterkunft, Schichtarbeiter*innen mieteten sich einen Platz im Bett oder auf dem Fußboden bei anderen Schicht*arbeiter*innen. Die heute so beliebten Mietskasernen der Gründerzeit, mit ihren vielen Höfen und Hinterhöfen zeugen von der menschenverachtenden Arbeits- und „Sozial“-politik des Kaisers. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts ergab eine Umfrage unter Volksschulkindern in Berlin, dass zwei von drei Kindern, die in den Arbeiterquartieren mit ihren hohen grauen Höfen wohnten, in ihrem Leben noch nie die Sonne haben aufgehen sehen.

Als gemeingefährlich stuften Bismarck und Wilhelm I. diese ganzen Zustände jedoch nicht ein, gemeingefährlich war es, wenn dagegen jemand begehrte: Verboten wurden sozialdemokratische, sozialistische und auch kommunistische Vereinigungen, Versammlungen und Schriften. So füllten sich dann auch rasch die Gefängnisse, Festungen (1953 abgeschafft) und Zuchthäuser (erst 1969 abgeschafft) mit ungemein gemeingefährlichen Sozialemokrat*innen. Uns heute mag das natürlich hart erscheinen, doch ist eine Inhaftierung fast schon gnädig: Auf streikende Arbeiter*innen ließ der Kaiser scharf schießen in seinem Reich.

1888 jedoch sollte sich das alles ändern. In diesem Jahr beauftragte Gott nämlich Kaiser Wilhelm II., wie dieser selbst sagte, das Deutsche Reich herrlichen Zeiten entgegenzuführen. Gemeint ist damit unter anderem der Völkermord an den Herero und Nama, die Errichtung des schrecklichsten deutschen Grenzregimes, das es je gab und die Nagelung Hindenburgs.

Weiter geht in im zweiten Teil. ◀

»Angesichts schwelender weltweiter Konflikte und in Zeiten, in denen Autokraten die Diplomatie mit Füßen treten, täte eine Rückbesinnung auf das Miteinander Not.«

▸ Willy Brandt – der Große?

Vor 50 Jahren wird Brandt Bundeskanzler – was bleibt von ihm?

von Michael Rüttermann

„Wir wollen mehr Demokratie wagen." Mit diesen Worten begann die Amtszeit des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers. Sie fällt in eine Zeit des Umbruchs. Est zwei Jahre ist es damals her, dass Benno Ohnesorg, Ikone der 68er-Bewegung, erschossen wurde. Die Welt ist in zwei Blöcke geteilt, die sich unversöhnlich gegenüber stehen, mit der über allem schwebenden Gefahr eines Atomkriegs. Auch die Aufarbeitung des Nationalsozialismus steckt noch in den Kinderschuhen. Viel zu tun also für eine sozialliberale Koalition mit einer knappen Mehrheit. In einer Zeit, in der die SPD tief in der Krise steckt, in der die Demokratie ins Wanken gerät, schaut man gerne zurück auf alte „Größen". Doch verdient Willy Brandt den Zusatz „der Große"? Bedarf es solcher Identifikationsfiguren, um in Krisenzeiten Halt und Richtung zu geben?

Zuhören und verstehen wollte Brandt. Die Bundesrepublik sah in der DDR bis dahin eher ein „Phänomen". Der Osten erschien für die vom Wirtschaftswunder verwöhnten Westdeutschen weit weg. Brandt hingegen hatte die Teilung hautnah miterlebt. Er war Oberbürgermeister Berlins, als die Mauer gebaut wurde. Anders als Adenauer, der sich erst sehr spät unter dem Druck der Öffentlichkeit in Berlin zeigte, protestierte Brandt vehement. Er stand neben Kennedy als dieser verkündete: „Ich bin ein Berliner" und somit das Schicksal der geteilten Stadt zum Schicksal der ganzen Welt erklärte. Die Verständigung mit der DDR war daher sein Hauptanliegen. Doch wer war dieser Mann, der unter dem Motto „Wandel durch Annäherung" die Geschichte prägte?

Einen Visonär nannten ihn die einen, als „Vaterlandsverräter" denunzierten ihn seine Gegner. Geboren wurde er als Herbert Ernst Karl Frahm. Er schloss sich 1930 der SPD an, später der SAPD. Als diese von den Nationalsozialisten verboten wurde, emigrierte er nach Norwegen. 1947 kehrte er unter dem Namen Willy Brandt nach Deutschland zurück und schloss sich erneut der SPD an.

So sehr er im Westen polarisierte, so begeistert wurde er 1970 in Erfurt empfangen. Tausende DDR-Bürger rufen seinen Namen und jubeln. Politisch wird an diesem Tage wenig erreicht, trotzdem gilt dieses Ereignis als großer Schritt auf dem Weg zur Einheit. „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein", hieß es in seiner Regierungserklärung. Es war dann auch die sozialliberale Koalition, die die DDR durch die Ostverträge erstmals als Staat in Deutschland anerkannte. Aus Sicht mancher Zeitgenossen rückte die Wiedervereinigung dadurch in weite Ferne, rückblickend waren sie jedoch Grundvoraussetzung für eine Zusammenarbeit, um so zu einem Miteinander zu gelangen. Angesichts schwelender weltweiter Konflikte und in Zeiten, in denen Autokraten die Diplomatie mit Füßen treten, täte eine Rückbesinnung auf das Miteinander not. Glaubte man den Kalten Krieg überwunden zu haben, liegt durch das Aufkündigen von Abrüstungsabkommen durch Trump oder völkerrechtswidrige Annexionen durch Putin wieder die Vorahnung eines Eisernen Vorhangs in der Luft.

1970 besuchte Brandt Warschau. Nachdem er vor dem Ehrenmal der Helden des Ghettos einen Kranz niedergelegt hatte, blieb er nicht, wie es üblich ist, stehen, sondern kniete nieder. „Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt.", schreibt Brandt später. Was heute unspektakulär erscheinen mag, war damals ein weltweit beachtetes, die Meinung der Bevölkerung spaltendes Ereignis. Man halte sich vor Augen, dass die Aufarbeitung des NS-Regimes erst begonnen hatte. Noch lange waren nicht alle Täter zur Rechenschaft gezogen und die Entnazifizierung hatte nicht alle Bereiche durchdrungen. Kurt Georg Kiesinger etwa, dritter Bundeskanzler und Vorgänger Brandts, war ehemaliges NSDAP-Mitglied, wodurch er für die 68er-Bewegung ein Sinnbild der fehlenden Vergangenheitsbewältigung wurde. Auch in anderen entscheidenden Positionen saßen nach wie vor Nationalsozialisten. Entstand in den darauffolgenden Jahrzehnten eine in der Bevölkerung fest verankerte Erinnerungskultur, wird dieses Gedenken heute von erstarkenden rechten Kräften in Frage gestellt. Höcke bezeichnet das Holocaust-Denkmal als „Denkmal der Schande", Gauland nennt die NS-Zeit einen „Vogelschiss in der deutschen Geschichte". Bei einer solch schamlosen Verunglimpfung der Opfer wünscht man sich, dass demokratische Kräfte klar Position beziehen, doch zu oft bleiben sie untätig, wenn das Gedenken sowie die damit einhergehende Verantwortung in Frage gestellt werden.

In Zeiten, in denen die Grundwerte unserer Demokratie ins Wanken geraten, dürfen wir nicht untätig bleiben. Brandt verharrte nicht im Stillstand, immer wieder ergriff er die Möglichkeiten einer besseren Zukunft. Klimakrise, Flüchtlingskrise oder soziale Spaltung - die Aufgaben, vor denen wir stehen, erscheinen bisweilen unlösbar. Doch auch die Einheit erschien in den 70ern noch utopisch. Die Geschichte zeigt, dass es lohnt, Visionen zu folgen. Angesichts wachsender Bedrohungen von innen und außen, sei es durch rechte Kräfte oder Terroristen, darf die Antwort nicht weniger, sondern mehr Demokratie sein. Brandt selbst hätte sicher nicht gewollt, als „der Große" bezeichnet zu werden. Er drückte es einmal so aus: „Mein eigentlicher Erfolg war, mit dazu beigetragen zu haben, dass in der Welt, in der wir leben, der Name unseres Landes, Deutschland also, und der Begriff des Friedens wieder in einem Atemzug genannt werden können."◂

Die Feuerzangenbowle

Ein „Klassiker“

von Pia Gruse

Der Film „Die Feuerzangenbowle“ ist besonders zur Weihnachtszeit und zwischen den Jahren eine beliebte Fernseh-Tradition. Häufig in Kombination mit dem gleichnamigen Heißgetränk genossen, beschränkt sich das Interesse vieler Zuschauenden vielmehr auf den komödiantischen Effekt als den historischen Kontext, in den der Film dringend eingeordnet gehört. Denn ob der nur vermeidlich subkonszient gesäten Referenzen der Nationalsozialistischen Ideologie, macht der Film es der Zuschauerschaft leicht, selbigen als anscheinend integres Machwerk zu sehen und von der eben dieser menschenverachtenden Ideologie zu abstrahieren.

Eine Runde vier älterer Herren sitzt zusammen bei einer Feuerzangenbowle, sie unterhalten sich über ihre Schulzeit, die Streiche und Lehrer. Johannes Pfeiffer, ein junger Schriftsteller, der später zu der Gruppe dazustößt, beneidet seine Freunde um deren Tage als Taugenichts in der Schule. Er wurde von einem Hauslehrer geschult und hat dementsprechende nie eine richtige Schule besuchen können. Bestürzt über darüber und unter intensivierter Wirkung der Feuerzangenbowle, schmieden dessen Freunde den Plan, Pfeiffer inkognito als Oberschüler Hans Pfeiffer an ein Gymnasium in einer Kleinstadt zu schicken, um den laut seiner Freunde doch signifikanten und scheinbar verpassten Teil seiner Jugend nachzuholen.

An dem Gymnasium angekommen wird Pfeiffer schnell bei Schülern und – trotz seiner zahlreichen Streiche – auch bei den Lehrern beliebt. Seine mondäne, in Berlin zurückgebliebene Freundin Marion reist ihm nach, um ihn zur Rückkehr zu bewegen. Zunächst scheint er sich überreden zu lassen, verweilt dann aber noch noch in Badenberg. Er hat sich in die Tochter des Direktor Knauers, Eva, verliebt. Als er dem siebzehnjährigen Mädchen seine Identität des Schriftstellers enthüllt, glaubt diese aber an einen weiteren üblen Scherz Pfeiffers. Erzürnt durch ihre Zurückweisung gehen sie zunächst getrennter Wege und Pfeiffer beschließt, seinen Rauswurf aus der Schule zu provozieren.

Da Pfeiffer die Wecker und Uhren des Lehrers Professor Crey verstellt hat, ist dieser erstmals zu spät zum Unterricht und die Klasse auf sich selbst gestellt. Diese Gelegenheit nutzt Pfeiffer, um die Oberklasse des benachbarten Mädchengymnasiums unter einem Vorwand einzuladen. Zufällig ist genau an dem Tag auch der Herr Oberschulrat anwesend, um Professor Creys nach der Inspektion seines Unterrichts als Direktor einer eigenen Schule zuzulassen. Da Professor Crey immernoch nicht anwesend ist und Pfeiffer indessen seinen Platz am Lehrpult eingenommen hat, bittet der Direktor Pfeiffer, weiter den Lehrer zu spielen, um den Professor vor Peinlichkeiten zu schützen. Der Oberschulrat ist zufrieden mit dem Unterricht und geht just in dem Moment, als der Professor in der Klasse ankommt. Nach kurzer Verwirrung geht der Schulrat mit der Bitte, die Herren „mögen das unter sich ausmachen“, aber ohne die Eignung zum Direktor zu entziehen. Zu Pfeiffers Umut reicht selbst das nicht zum Rausschmiss und er muss erst drohen, mit der Tochter des Direktor durchzubrennen. Als sich diese dazu bereiterklärt, deckt Pfeiffer seine Identität auf und zeigt Abitur und Einkommensbescheid vor, sodass der Verbindung Evas und Pfeiffer nichts mehr im Wege steht.

An dieser Stelle endet die Binnenhandlung und es wird zu Pfeiffer zurückgeschnitten, der gesteht, dass lediglich die illustre Runde um die Feuerzangenbowle wirklich sei.

Ein Produkt seiner Zeit

Dem 1943 gedrehten und 1944 erschienenen Film ist eine dem Nationalsozialismus in die Hände spielende Ästhetik inne, die einerseits die Jugend samt und ob ihres Witz glorifiziert; denen andererseits bis auf wenige Ausnahmen die die älteren, teils humanistische Lehransätze vertretenden, Lehrer gegenübergestellt werden. Eine dieser wenigen Ausnahmen bildet Oberlehrer Doktor Brett. Ein junger, schnittiger Lehrer, der einzig von den Schülern in keinster Weise derespektierlich behandelt, sondern im Gegenteil von Pfeiffer als „feiner Kerl“ bezeichnet und als eine Art positives Beispiel einer energischen, erfolgreichen Lehrperson dargestellt wird. Die Figur des Dr. Bretts ist insofern interessant, da dieser weder in dem Buch, noch in der freier gehaltenen filmischen Adaption „So ein Flegel“ aus dem Jahr 1934 auftaucht. Warum, wird spätestens gegen Ende des Films deutlich, als Brett in einen Disput über pädagogische Prinzipien mit dem humanistische Ansätze vertretenden Professor Bömmel gerät. So vergleicht Brett Schüler mit jungen Bäumen, die um zu wachsen, angebunden sein müssen „[…] dass sie schön gerade wachsen, nicht nach allen Seiten ausschlagen“. Dieses disziplinäre Bild der Pädagogik erinnert nicht nur an den Propagandafilm „Ewiger Wald“ (1936), in dem die Geschichte des „deutsche Volk“ in einer Allegorie mit dem „deutschen Wald“ verglichen wird, sondern weckt zwangsweise auch die Assoziationen an das Kultivieren von Bäumen in Form von dem Zurechtstutzen von Trieben sowie das Jäten von Unkraut. So wird gezielt zutiefst antisemitisches Gedankengut vermittelt. In dem Propagandafilm „Ewiger Wald“ wird der „Deutsche“ als Waldmensch charakterisiert und visuell konkret mit den einzelnen Bäumen verglichen. Das Eindringen in den Wald wird als Unterwanderung des „deutschen Volks“ konstruiert. Diese Wald- und Naturaffinität ist nicht nur Bestandteil der NS-Rhetorik zwischen 1933-1945, sondern auch in neuen nationalsozialistischen Strukturen wiederzufinden. Meist wird dabei „Naturschutz als Heimatschutz“ instrumentalisiert, um Teile der angeblichen Ungleichwertigkeit von Menschen und „Blut und Boden“-Ideologie freundlich zu transportieren. Die Rückkehr zur Natur, zur Urform ist zentral. Naturwissenschaftliche Annahmen, wie beispielsweise die Darwinistische Evolutionstheorie, werden dabei verdreht auf soziologische Phänomene übertragen und so die Abweichung von der Norm als Bedrohung interpretiert.

Die Darstellung des jungen Charakter Dr. Brett als einzigen Lehrer, dem kompromisslos salutiert wird, der einzig die disziplinäre Pädagogik verfolgt und so deutlich auf Linie mit der NS-Rhetorik steht, ist somit allein zwecks Propagieren eines von der NS-Ideologie durchsetzten Weltbilds in dieser Form in das Drehbuch eingefügt worden.

Der Film wurde 1943 gefilmt, während die Niederlage Deutschland im zweiten Weltkrieg an Stalingrad bereits immer absehbarer wurde. Dass in dieser Zeit ausgerechnet Komödien vergleichsweise populär wurden, ist einer gezielten Strategie einer letzten Mobilisierung von „Gemeinschaftssinn und Kraft“ zu schulden. Die Produktion der Filme unterlag strengen Richtlinien. Im Fall von der Feuerzangenbowle gab Adolf Hitler persönlich die Erlaubnis, den Film in die Kinos zu bringen.

Der Humor in der Feuerzangenbowle ist demnach nicht als kindische Blödelei abzutun, sondern offenbart die strategische Sicht des Nationalsozialismus auf die Funktionen von Humor. So wird guter „deutscher Humor“ als eine starke Charaktereigenschaft gesehen, die den „Volksfeinden“ fehle. Das „goldene Lachen“ sowie der „derbe männliche Humor“ wird in der NS-Zeit nutzbar gemacht, indem ein künstliches Wir-Gefühl, ein Gefühl von Gemeinschaft, hergestellt wird, in dem das Andere ausgelacht und -geschlossen wird. Natürlich würden dabei auch Truppen- und Obertruppenführer zur Punchline des Witzes, aber jede*r Deutsche wisse dabei um die klaren Grenzen eben dieser Witze. Dieser ausgeklügelte und gescheite Humor der „Deutschen“ sei dem der „Volksgegner“ entgegenzusetzen, da diese nicht zu einem solchen in der Lage seinen. Deren Humor sei hinterlistige und stupide, so schrieb der Nationalsozialist Rother-Carlowitz 1935 in Unterstützung des „Arbeitsdiensts“. Weiter forderte er: „Darum lasst uns das Pflänzlein Humor pflegen, auf dass es ein kräftiger und gesunder Baum werde.“

Noch heute darf der Film in öffentlichen Veranstaltungen nicht frei im Kontext einer historischen Einordnung in die Zeit des Nationalsozialismus gezeigt werden. Die Lizenzrechte an dem Film liegen bei der ehemaligen AfD-Funktionärin Cornelia Meyer zur Heyde, die ein waches Auge auf die Nutzung des Films hat. So wurde dem „Deutschen Historische Museum“ in Berlin 2013 die Vorführung des Films im Rahmen einer Reihe zur NS-Zeit untersagt. (https://www.dhm.de/archiv/kino/unter_vorbehalt_2013_09.html

https://www.welt.de/kultur/kino/article121336334/Schmunzelt-Lacht-Aber-denkt-nicht-an-Stalingrad.html)

Dieses doch große Interesse an der Nutzung des Films zeigt, wie subtil die antisemitischen Gedanken und pädagogischen Werte der Nationalsozialisten in diesem vermittelt werden, und wie gefährlich es sein kann, diesen weiterhin uneingeordnet im Raum stehen zu lassen. Die Tradition, die sich um den Film besonders in der Adventszeit entwickelt hat bleibt so meist unreflektiert und naiv gegenüber einem definitiv nicht unschuldigen Film, da die Möglichkeit einer reflektierten, kontextualisierten Vorführung im öffentlich bildenden Rahmen nicht einwandfrei gegeben ist. Und das ist gefährlich.◀

Oh du fröhliche?

Über Friede, Freude und Familie

von Hendrik Schönenberg

„Und, was machst du an Weihnachten?“ – eine Frage, die wohl viele kennen. Meistens lautet die offensichtliche, die selbstverständliche Antwort: „Ich fahre nach Hause, zur Familie“. Das ist so eindeutig, so unkritisch, dass die Frage gerade bei jungen Menschen wohl kaum auftritt. Wer möchte die besinnlichen Tage schließlich nicht nutzen, um das traute Beisammensein in der Heimat zu genießen.

Wer sich jedoch tatsächlich mit dieser Frage konfrontiert sieht, beantwortet sie vielleicht nicht so leichtfertig. Das ganze Weihnachtsvokabular besteht aus geradezu lächerlich überfrachteten Begriffen wie „Friede“ oder „Einkehr“, welche vor Schmalz und Liebe geradeso triefen. Weihnachten ist eben nicht nur das Fest der Einkehr, sondern auch der Familie. Wer sich dieser tradierten Vorstellung aber sträubt, hat es schwer. Manch eine*r hat, rein hypothetisch gesprochen, vielleicht gar keine Lust im selbstgestrickten Weihnachtspulli mit der Verwandtschaft händchenhaltend Lieder unterm Baum zu trällern.

An kaum einem anderen Fest ist der soziale Druck so groß, die Tage mit der Familie zu verbringen. Da ist einerseits der Druck der eigenen Familie doch bitte einen Besuch abzustatten, man sieht sich ja schließlich so selten. Auf der anderen Seite steht die Bemühung, nicht als traurige Person die Feiertage alleine zu verbringen – der Inbegriff der sozialen Exklusion und Tristesse. Nicht umsonst erreicht die Suizidrate an den Weihnachtstagen immer eine ganz neue Dimension. Im Prinzip unterscheiden sie zwar nicht groß von einem verlängerten Wochenende oder ähnlichem, allein die Erwartungshaltung, das Bild, was Weihnachtsfilme und -geschichten vermitteln reichen aber aus. In der kalten und dunklen Jahreszeit alleine zu bleiben – eine Aussicht, die jede*r gerne vermeiden möchte.

Dabei sind Familienbesuche umgekehrt nicht unbedingt das Maß aller Dinge. Wer sich doch dazu entscheidet, mehr aus Pflichtgefühl heraus - als aus eigener Entscheidung, in die Heimat zu fahren, erlebt ein Weihnachtsfest - wie in jedem Jahr: unterm Strich ein Konglomerat aus Verpflichtungen und gemeinsamen Ritualen, deren Sinn sich weder erschließt noch hinterfragt wird.

Universell ist der Wunsch an Weihnachten doch ja den häuslichen Frieden zu bewahren, ganz im Zeichen der ach so heiligen Familie. Wozu Friede, Freude, Eierkuchen jedoch führt, ist dass Konflikte nicht zugelassen, nicht ausgetragen werden. Unliebsame Themen, die Streitpotential bieten, werden tabuisiert, die Entscheidung das Studienfach zu wechseln oder das Auto zu kaufen, totgeschwiegen. Konflikt und Auseinandersetzung will an diesen Tagen doch schließlich niemand. Was man möchte ist Wärme und Behaglichkeit, gutes Essen, Kirche und Geschenke. So kommt es an den Tagen vielerorts zu kleineren oder größeren Spannungen. Nach zelebrierter Zusammengehörigkeit und familiärer Einigkeit kommt es nichtsdestotrotz häufig zur explosionsartigen Entladung, hängen viele Menschen ununterbrochen aufeinander. Leider enden diese Ausbrüche häufig nicht wie in den zahlreichen Weihnachtskomödien mit einer chaotischen, aber zusammenführenden Versöhnung. Zurück bleiben oft zerrüttete Verhältnisse und ein gebrochenes Fest. Polizeiliche Statistiken zu den Einsätzen an den Weihnachtstagen belegen das. Selbstverständlich handelt es sich auch hier um eine Hyperbel; weitaus nicht jedes Fest muss so enden, nicht jede kleine Spannung führt in die Katastrophe. Oft reicht das geheuchelte Interesse der Großtante, die man nur einmal im Jahr zu Gesicht bekommt, aber vollkommen aus. Die spitzfindige Frage: „Und wo ist deine Freundin?“ bringt das Fass zum Überlaufen.

Wer auf lange Sicht ein gesundes Verhältnis zu seiner Familie aufbauen oder beibehalten möchte, sollte seine Wünsche deutlich artikulieren. Konflikte müssen manchmal ausgetragen werden, wenn sie auftreten, egal ob das am 24.12. oder am 03.05. der Fall ist. Bestimmte Themen zu meiden, sich selbst, um des lieben Frieden willens zurückzustellen, sollte nicht die Devise sein. Und grenzüberschreitende Fragen neugieriger Verwandten einen Riegel vorzuschieben, ist sicher nicht das Ende der Welt.

Wie das meisten Bräuche und Traditionen ist auch Weihnachten ein soziales Konstrukt aus Ritualen, Routinen und unterschwelligen Regeln. Nur weil die gängige Vorstellung genau so aussieht, heißt das nicht, dass man sich von diesem Konzept einsperren lassen muss. Es liegt bei jede*m und jede*r selbst zu entscheiden, an welchen Weihnachtsritualen es sich gut anfühlt, teilzunehmen, und wo die Grenze erreicht ist. Gesellschaftliche oder familiäre Bevormundung ist nicht mehr zeitgemäß oder angemessen.

Für wen es absolut keine schöne Vorstellung ist, die Festtage Zuhause zu verbringen, sollte sich nicht von diesem Pflichtgefühl dazu zwingen lassen. In den Urlaub zu fahren oder die Tage mit den Freunden zu verbringen können erfreulichere Alternativen sein. Mut zur Entscheidung bedeutet letztlich Mut für sich selbst und ist in jedem Fall besser als sich in das glühweinschlürfende, besinnliche Weihnachtsideal pressen zu lassen.◂

Familie wie vor 100 Jahren? *(Gemeinfrei)*

Der politische Islam

Vortrag von Prof. Dr. Susanne Schröter an der Universität Bonn

von Clemens Uhing

Ende April und Anfang Mai 2019 ging es an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main hoch her. Anlass war eine Konferenz unter dem Titel “Das islamische Kopftuch. Symbol der Würde oder der Unterdrückung?”, die unter anderem vom “Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam” ausgerichtet wurde. Gegen dessen Leiterin, Prof. Dr. Susanne Schröter, starteten Studierende eine Kampagne unter dem Hashtag Schroeter_raus, die forderte, Susanne Schröter ihrer Funktionen zu entheben. Der Vorwurf: die Kritik am Kopftuch sei rassistisch und diskriminatorisch gegenüber Kopftuchträgerinnen und würde rechtspopulistischen Bewegungen Vorschub leisten. Zur Konferenz geladen waren allerdings keine rechtspopulistischen Sprecher*innen, im Gegenteil: es sprachen auch Verteidiger*innen des islamischen Kopftuchs. Das hinderte die Studierenden nicht daran, ihre Forderung vor allem über Instagram und Twitter zu verlautbaren.

Am 26.11. hatten Bonner Studierende dann die Möglichkeit, sich selbst ein Bild davon zu machen, ob Schröters Forschungen und die daraus gefolgerten Empfehlungen an die Politik nun rassistisch seien oder doch eher unaufgeregte Wissenschaft. Das Referat für politische Bildung des AStA der Universität Bonn, das Säkulare Netzwerk NRW und die Säkularen Grünen hatten Schröter zu einem Vortrag über den politischen Islam nach Bonn eingeladen.

Was ist überhaupt der "politische Islam"?

Zuerst musste geklärt werden, was unter politischem Islam verstanden werden soll. Schröter zufolge ist der politische Islam (in diesem Artikel äquivalent mit "Islamismus" gesetzt) eine antidemokratische bis totalitäre Spielart des Islam. Seine Fundierung findet er in einer wortwörtlichen Deutung des Korans und in der unbedingten Orientierung an der Sunna (übersetzt: Handlungsweise) des Propheten Mohammed. Insofern Mohammed eine historische Persönlichkeit des 6. und 7. Jahrhunderts ist, gehörten zu seiner "Handlungsweise" z.B. auch Kriege, Vertreibungen und Sklav*innenhaltung. Schröter machte darauf aufmerksam, dass die im heutigen "Islamischen Staat" geläufige Sklav*innenhaltung und die Verteilung von Menschen als Kriegsbeute ihre historische Parallele im Handeln Mohammeds fände, der gleichermaßen Sklav*innen an seine Gefolgsleute verteilte.

Eine unbedingte Orientierung an islamischen Texten und dem Handeln Mohammeds führe so zu einer vormodernen und menschenverachtenden Gesellschaftsvorstellung. Der politische Islam, so Schröter, zeichne sich weiter eben dadurch aus, diese Gesellschaftsvorstellungen durchsetzen zu wollen. Sein Ziel sei die Etablierung islamischer normativer Ordnungen, mikro- und makrogesellschaftlich.

Schröter stellte diesen Ausbreitungsauftrag des politischen Islams als wichtiges Moment in dessen Geistesgeschichte vor. Denn immer dann, wenn die islamische Expansion scheiterte oder zurückgedrängt wurde, seien radikale Vertreter*innen des Islams vor die Frage gestellt worden, wie das passieren konnte, sei man sich der Unterstützung Allahs doch sicher gewesen. Eine prominente Erklärung war häufig der vermeintliche Abfall vom rechten Glauben, den radikale Strömungen des Islam dann mit der strengeren Einhaltung und Interpretation von Glaubensregeln bekämpfen wollten.

Kleine Geschichte islamistischer Strömungen

Schröter gab in ihrem Vortrag einen kleinen Abriss über die historische Genese der verschiedenen Ausprägungen des Islamismus. Die Muslimbruderschaft ist danach die

älteste heute noch einflussreiche islamistische Bewegung. Sie wurde 1928 von Hasan al-Banna in Ägypten gegründet und war laut Schröter eine Gegenbewegung angesichts zunehmender Säkularisierungstendenzen im Islam und weiter eine Reaktion auf den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und die damit einhergehende Kolonialisierung der islamischen Welt durch europäische Mächte. 1979 allerdings war wohl das wichtigste Jahr in der Geschichte neuerer islamistischer Bewegungen. So konnte erstens in Folge der Revolution im Iran ein islamistischer Gottesstaat errichtet werden, zweitens wurde Afghanistan durch die Sowjetunion besetzt und drittens ein Terrorakt in Mekka durchgeführt, bei dem eine radikalislamistische Gruppe die Große Moschee stürmte. Der iranische totalitäre Staat gilt radikalen Muslim*innen heutezutage laut Schröter als modernes Siegesbeispiel des Islam. Die Besetzung Afghanistans führte zu einer verstärkten Fokussierung islamistischer Strömungen auf den "fernen Feind", also auf nicht-islamische Staaten, was die Entstehung von Al-Qaida begünstigte. Statt nur zu versuchen, mehrheitlich muslimischen Staaten islamistische Regeln aufzuerlegen, sollten von nun an auch Staaten ohne muslimische Mehrheitsbevölkerung destabilisiert werden. Schließlich führte der Terrorakt an der Großen Moschee zu einer Radikalisierung der saudischen Diktatur und weiter zu dem Versuch, den Einfluss der eigenen ideologische Prägung des Wahhabismus zu stärken.

Der Islamische Staat führt diese Entwicklungen offenbar zusammen. Erstens bemüht er sich um die Errichtung eines totalitären Staates und um die Wiederherstellung und die Erweiterung historischer islamischer Machträume, zweitens greift er aber den Gedanken von Al-Qaida auf, dass der heilige Krieg genauso im nicht-islamischen Ausland geführt werden kann.

Islam und Islamismus in Deutschland

Schröter teilt die Gemeinschaft der Muslim*innen in sechs Gruppen ein. Diese seien atheistische Muslim*innen, "säkulare Kulturmuslime", gläubige Individualist*innen, Sufis (muslimische Spiritualisit*innen), Fundamentalist*innen und Islamist*innen. Die letzten beiden unterscheiden sich im Wesentlichen dadurch, dass erstere Gruppe weniger aktionsorientiert ist und vor allem aus Menschen besteht, die aus traditionalistischen Gründen fundamentalistischen Strömungen des Islam anhängen (etwa wegen familiärer Wurzeln in entsprechenden Ländern). Die Gruppe der Islamist*innen ist eben die, um die es im wesentlichen bei der Behandlung des politischen Islams geht.

Nach Schröter seien nur die Gruppen der gläubigen Individualist*innen (individuell im Sinne eines eher privaten Verständnis von Religion), der Fundamentalist*innen und der Islamist*innen in religiösen Verbänden organisiert.

An solchen Verbänden gibt es in Deutschland vier prominente. Der besonders häufig öffentlich auftretende "Zentralrat der Muslime" sei Schröter zufolge der kleinste dieser vier. Als Dachverband vieler kleinerer Verbände hat er auch islamistische Anteile. So ist zum Beispiel das "Islamische Zentrum Hamburg" Teil des Zentralrats der Muslime. Das Islamische Zentrum allerdings ist unmittelbar dem geistlichen Oberhaupt des Irans unsterstellt, im Grunde also eine Außenstelle einer totalitären Diktatur. Weiter ist das "Islamische Zentrum München" Teil des Zentralrats der Muslime. Es wird vom bayrischen Verfassungsschutz wegen seiner Verbindungen zur Muslimbruderschaft beobachtet.

Das Islamische Zentrum München ist zugleich auch Mitglied in der Deutschen Muslimischen Gemeinschaft. Diese zählt Schröter zufolge zu den vier prominenteren deutschen Islamverbänden, falle aber wenig auf. Sie sei jedenfalls Dach noch weiterer islamischer Gemeinden, die mit der Muslimbruderschaft verknüpft sind.

Die weiteren beiden großen Verbände seien vor allem türkisch geprägt. Erstens gibt es DITIB, der von der türkischen Regierung gesteuerte Moscheeverband und Milli Görus, ein Moscheeverband der ideell auf einen türkischen Politiker zurückgeht. Milli Görus strebe laut Schröter die Umbildung der Türkei in eine islamische Ordnung an.

Was folgt?

Schröter blieb bei ihrem Vortrag nicht bei der Beschreibung des politischen Islam stehen, sondern ging auch darauf ein, was für die deutsche "Islampolitik" folge. Denn alle vier großen Verbänden, die annähernd Repräsentativität (die angesichts des insgesamt geringen Organisationsgrad von Muslimen in Deutschland ohnehin immer fragwürdig ist) behaupten könnten, scheinen nicht frei von Tendenzen zum politischen Islam zu sein. Das Kernproblem sei, so Schröter, dass die deutsche Politik auf der Suche nach muslimischen Partnerorgnisationen immer nach Kirchenäquivalenten suche, also nach großen, fest strukturierten Verbänden. Die religionspolitischen Modelle Deutschlands würden eben nur für solche Organisationen passen. Das Ergebnis sei die häufige Verpartnerung mit Organisationen, die von einer freiheitlichen Gesellschaft eigentlich abzulehnen seien. Weiter gäbe es Schröter zu Folge in Deutschland eine Sorge davor, dasselbe zu machen wie die AfD. Kritik am politischen Islam würde mit der Hetze der AfD identifiziert und deswegen vermieden. Das sei auch Ergebnis der Versuche einer "Islamlobby" unter den Schlagworten "Islamophobie" oder "antimuslimischer Rassismus" Kritik zu zensieren. Abschließend warnte Schröter vor falsch verstandener Toleranz. Die Forderung ist, sich nicht mit islamistischen Orgnisationen gemein zu machen, nur um den möglichst großen Teil der organisierten Muslim*innen einzubeziehen. Die organisierten Muslim*innen würden in Deutschland ohnehin den kleineren Teil stellen. Für die Erstellung von Schullehrplänen oder Lehrstuhlbesetzungen sollten nur liberale islamische Organisationen einbezogen werden und staatliches Eingreifen vorbehalten sein. Der politische Islam könne schließlich auch im kleinen normative Ordnungen aufbauen, etwa wenn in der Schule nicht-muslimische Kinder gemobbt würden.

Und der Rassismus?

Der Vortrag von Susanne Schröter hat sehr anschaulich gezeigt, dass eine wissenschaftlich fundierte Analyse des politischen Islam möglich ist, ohne dabei die Sicht für die Heterogenität des Islam zu verlieren und ohne falsche Notwendigkeitsverhältnisse zu behaupten. Auf die Meldung einer Zuhörerin hin, die in einem längeren Co-Referat versuchte zu erklären, dass der Islam notwendig islamistisch sei, antwortete Schröter sehr trocken, dass es eben keine Notwendigkeit zur fundamentalistischen, wortwörtlichen Auslegung der heiligen Schriften des Islam gebe und also eine klare Trennung zwischen dem Islam als solchem und dem islamistischen Islam vorgenommen werden müsse. Dass sich eine Person meldete, die eine innere Notwendigkeit des Islam zum Islamismus behauptete, zeigt aber auch, dass die notwendige Kritik am politischen Islam leider häufig Gefahr läuft, von rechten oder islamophoben Personen verreinahmt zu werden. Schröters Vortrag bewies - das lässt sich zusammenfassend festhalten - dass eine Kritik am politischen Islam sehr wohl möglich ist, ohne Islamophobie Anknüpfungspunkte zu bieten. ◀

▶ Ökologie vs. Ökonomie?

Ein Blick in die Public Climate School an der Uni Bonn.

von Milan Nellen

Die Public Climate School liegt nun hinter uns, eine Woche lang konnten sich Interessierte und solche, die es werden wollten, wie an vielen anderen Universitäten auch, in unterschiedlichen Veranstaltungen an der Universität zum Thema Umwelt und Klimaschutz informieren. Organisiert wurde das Ganze an unserer Universität von der Hochschulgruppe von Fridays for Future Bonn, Students for Future. Die Bandbreite unterschiedlichster Veranstaltungen reichte dabei von Vorträgen und Workshops bis hin zu Filmvorführungen. Ebenso weit gefächert waren auch die Themenfelder der unterschiedlichen Veranstaltungen, die sich von konkret politischen Themen wie Veranstaltungen zur Verkehrswende oder zur Frage, wie sich ein sozialverträglicher Klimaschutz organisieren lässt bis hin zu eher abstrakten Themen wie einem Vortrag zum klassischen Naturbegriff reichten.

Eine der thematisch an sich weniger abstrakten Verunstaltungen war dabei der Workshop mit dem Titel „Warum grünes Wachstum in der Klimakrise nicht ausreicht“ der am 28. November im kleinen Übungsraum der Lennéstraße 27 stattfand. Der Workshop wurde geleitet von Laura Porak vom Netzwerk Plurale Ökonomik e.V. und unterteilte sich in einen Eisführungsvortrag, eine Phase der Textarbeit, in der die Teilnehmenden sich mit unterschiedlichen von der Referentin mitgebrachten Texten befassten und schließlich eine Diskussionsrunde, in der die Texte in der Gruppe

besprochen wurden. Der Workshop basierte auf der Grundthese, dass umfangreiche Veränderungen an der Art der ökonomischen Organisation der Gesellschaft notwendig sein werden, um eine klimaneutrale Wirtschaft zu erreichen. Auf dieser Basis wurden zwei unterschiedliche ökonomische Konzeptionen in wiederum mehreren unterschiedlichen Varianten vorgestellt und diskutiert. Ausgangspunkt des Einführungsvortrages der Referentin war, dass die jährliche Güterproduktion der Menschheit 1,5 mal so viele Ressourcen verbrauche wie die Erde innerhalb eines Jahres regenerieren kann. Daraus wurde dann abgeleitet, dass es der Menschheit gelingen müsse, ihren Verbrauch an natürlichen Ressourcen trotz steigender Bevölkerung auf ein Maß zu reduzieren, dass der Erde eine ausreichende Regeneration erlaubt. Die zu diesem Zweck vorgestellten Konzepten waren einerseits das grüne Wachstum und anderseits das Post-Wachstum.

Grünes Wachstum ist eine Ökonomie, die nicht mit dem Wirtschaftswachstum brechen will, sondern stattdessen darauf setzt, wirtschaftliches Wachstum auf umweltfreundliche Art und Weise zu gestalten. Hauptsäule diese Standpunktes ist die technologische Entwicklung. Von fortschrittlichen und vor allem ressourcensparenden Verfahren der Produktion erhoffen sich die Befürworter*innen von grünem Wachstum eine Möglichkeit die Umwelt zu schonen und trotzdem den bisherigen Lebensstandard in den Industrieländern zu erhalten. Diesen Ansatz sah die Referentin jedoch kritisch und bezweifelte, dass eine ausreichende Effizienzsteigerung der Produktion in naher Zukunft gelingen würde. Außerdem wurde die Befürchtung geäußert, das umweltfreundliche Technologien im Sinne eines Bumerangeffekts umschlagen könnten, was ihre Wirkung ins Gegenteil verkehren könnte. Demnach könnte z. B. ein ressourceneffizientes Auto dazu führen, dass auch mehr gefahren würde und so der Umwelt eher schaden als nutzen. Der zweite vorgestellte Ansatz war die Postwachstumsökonomie.

> »Die Postwachstumsökonomie ist eine ökonomische Konzeption, die ohne Wirtschaftswachstum auskommen will«

Die Postwachstumsökonomie ist eine ökonomische Konzeption, die ohne Wirtschaftswachstum auskommen will. Kern dieses Ansatzes ist der Vergleich von BIP und Glücksempfinden der Bevölkerung. Einer von der Referentin zitierten Studie zufolge soll zwar der BIP in den Industrieländern seit den 1970ern immer weiter gestiegen sein, das Glücksempfinden der Bevölkerungsmehrheit jedoch nicht. Daraus schleißen Befürworter*innen der Postwachstumsökonomie, dass sich ab einem bestimmen Niveau des Wohlstandes Glück und materieller Wohlstand entkoppeln. Daraus dann wird die Möglichkeit abgleitet, das Wohlstandniveau der Industrienationen auf ein Maß zu reduzieren, dass Glücksempfinden und Wohlstand wieder auf dieselbe Ebene bringt und so ein Maß an Ressourcenverbauch zu erreichen, dass es der Erde wieder erlaubt, sich ausreichend zu regenerieren, ohne dabei das Glücksempfinden der Bevölkerung zu reduzieren. Die Referentin vertrat die These, es sei nötig, beide Ansätze zu kombinieren, um den gewünschten Effekt auf die Gesellschaft und die Umwelt zu erreichen. In der anschließenden Diskussion wurden diese und weitere Ansätze in verschieden Varianten besprochen. So wurde diskutiert welche politischen Maßnahmen denn nötig seien, um die Wirtschaft in der einen oder anderen Weise zu verändern. Dazu gehörten auf der einen Seite die Förderung von umweltschonenden Technologien und Produktionsweisen, auf der anderen Seite die Regulierung oder das Verbot von umweltschädlichen. Auch eine Regionalisierung von Produktion und Konsum oder auch die Senkung der Arbeitszeit wurden diskutiert.

Auch abstraktere Fragen, wie ob sich Glücksempfinden denn überhaupt messen lasse und ob dies nötig sei, wurden besprochen. Eine weitere viel diskutierte Frage war, welche Bedürfnisse in der modernen Konsumgesellschaft eigentlich reale Bedürfnisse und Wünsche seien und ob viele nicht eigentlich nur durch gesellschaftlichen Druck und Werbung hervorgebracht worden seien. Diese Frage wie auch andere konnten schließlich aber nicht mehr ausdiskutiert werden und mussten von den um die 50 Zuhörenden mit nach Hause genommen werden,bevor der Raum dem bereits an der Tür wartenden Dozenten der folgenden Lehrveranstaltung unbeschadet übergeben werden konnte. ◀

Fotos: Ronny Bittner

Kunstraum

Heyho, mein Name ist Lenni Bühl.

Ich verbringe mein Leben gerne mit Kunst. In was für einem Medium sich das nun äußert, ist schwer zusammenzufassen, aber grob könnte man sagen, dass ich mit Leidenschaft vor allem male und filme. Fotografieren würde ich gerne besser können, aber dort fehlt mir wohl noch der gewisse Blick, den ich momentan zu optimieren versuche.

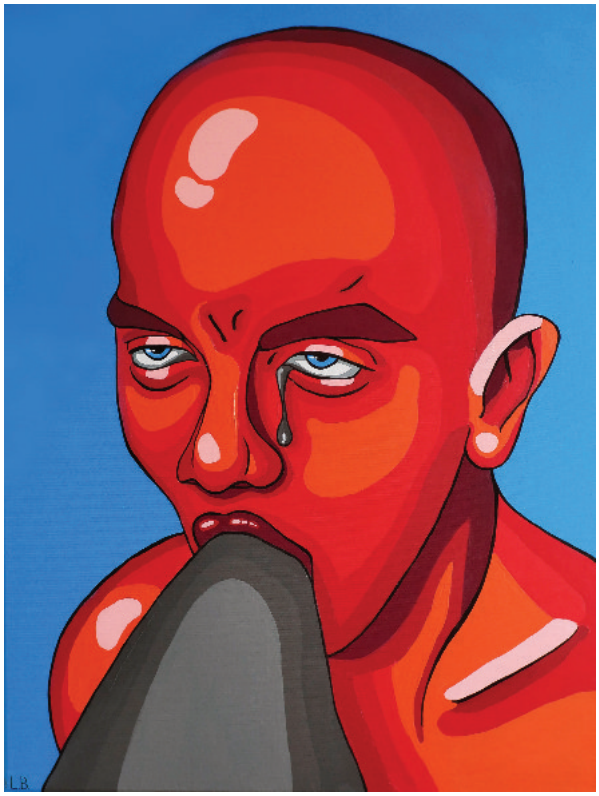
Was mich an der bildenden Kunst fasziniert ist die vollkommende gestalterische Freiheit sich und seine Wahrheit, Gefühle und Gedanken auszudrücken.

Film hingegen bedeutet mir so wahnsinnig viel, da Video als Medium sich mit der Musik den ersten Platz teilen würde, wenn es ein Turnier geben würde, welche Kunstform mich am meisten berührt. Denn Video spricht meines Empfindens nach alles an. Es ist das Medium, welchem das Aufbauen einer Verbindung zwischen Künstler und Betrachter am besten gelingt. Film schafft es, jeden Menschen auf seine eigene Art und Weise zu berühren und zeigt so ganz universell, dass wir Menschen alle individuell und verschieden, ebenso aber eben auch alle gleich sind.

Mein Ziel ist es eine Tages Menschen emotional tief zu erreichen und in ihnen das auzulösen, was gute Kunst in mir auslöst.

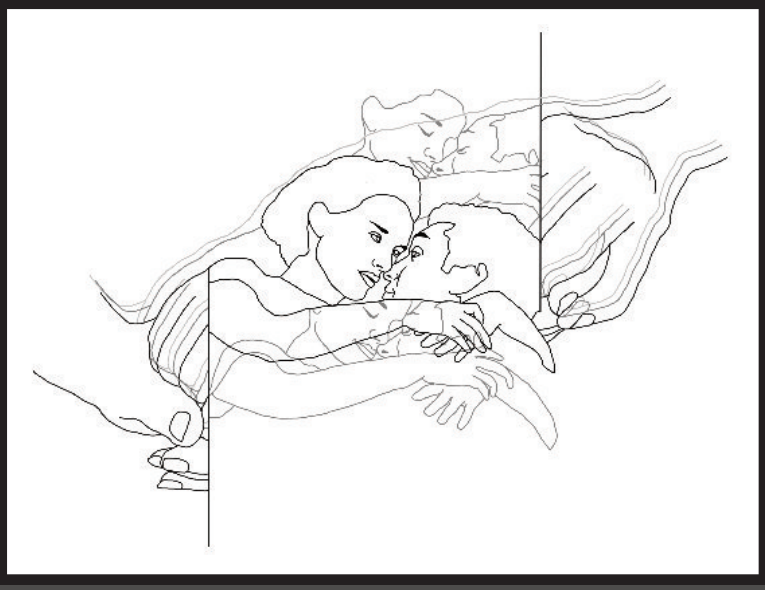
Schaut gerne mal vorbei, wenn euch hier etwas ein wenig imponiert hat. :)

Instagram.com/lennibuehl



Will it stop?

Stay



Kunstraum für alle!

Möchtest auch du im Kunstraum ausstellen? Dann schreib uns per Mail an **fw@asta.uni-bonn.de**